

Stand: 06.06.2026 06:40:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18704

"Rettet die Windenergie - Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18704 vom 24.10.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18764 vom 25.10.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rettet die Windenergie – Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine Wiederbelebung der Windenergie in Bayern einzusetzen.

Dazu sollen folgende Schritte ergriffen werden:

- Mehr Leistung: Erhöhung des bundesweiten Ausbauziels für Windkraft an Land auf mindestens 5.000 Megawatt (MW) im Jahr.
- Echte Bürgerenergiegewende sicherstellen: Bürgerenergiegesellschaften erhalten zukünftig für Projekte bis zu 18 MW eine Vergütung nach dem ursprünglichen EEG-Mechanismus und müssen nicht an Ausschreibungen teilnehmen. Die Definition von Bürgerenergiegesellschaften ist so zu fassen, dass kein Missbrauch mehr möglich ist.
- Energiegewende in allen Landesteilen: Einführung einer Regionalquote, die den weiteren Ausbau der Windenergie auch in Süddeutschland sicherstellt. Ein Kontingent von jährlich mindestens 500 MW soll auf Bayern entfallen.
- Brüche vermeiden: Noch in diesem Jahr soll eine zusätzliche Ausschreibungsrunde mit einem Volumen von 3.000 MW und einer vorgegebenen Realisierungsfrist von 30 Monaten eröffnet werden.

Begründung:

Windkraft ist das Rückgrat der Energiewende. Sie ist die preisgünstigste und flächensparendste Form der klimafreundlichen Energieerzeugung. Um unseren Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele leisten zu

können, muss die Windenergie stärker ausgebaut werden. 5.000 MW entsprechen dem Zubau der vergangenen Jahre. Die Auswirkungen auf die EEG-Umlage sind dabei unwesentlich. Der Anteil der Windenergie an der EEG-Umlage ist trotz Rekordausbau lediglich von 1,32 ct im Jahr 2015 auf 1,52 ct im Jahr 2017 gestiegen. Im selben Zeitraum wurden etwa 8.500 MW Windenergie neu installiert.

Ohne die tatkräftige Unterstützung von bürgerlichen Gruppen und der damit zusammenhängenden hohen Akzeptanz droht die Energiewende zu scheitern. Die von der EU-Kommission genehmigte De-Minimis-Regelung für Projekte bis zu 18 MW ist deshalb unverzüglich einzuführen. Die bisherigen Sonderregelungen für Bürgerprojekte sind ins Leere gelaufen. Bei der 2. Ausschreibungsrunde gingen über zwei Drittel der Zuschläge an angebliche Bürgerenergiegesellschaften, hinter denen ein und das selbe Unternehmen steht. Eine solche Anhäufung ist etwa dadurch zu unterbinden, wenn die Veräußerungsfrist von Bürgerwindrädern von 2 auf 5 Jahre erhöht wird. Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung echter Bürgerenergie sind zu prüfen.

Nachdem die bayerische 10 H-Regelung der Windenergie hierzulande erheblich schadet, benachteiligt das Ausschreibungsdesign den gesamten Süden Deutschlands massiv. In der 2. Ausschreibungsrunde kamen 18 Gebote aus Rheinland-Pfalz, ein Gebot wurde bezuschlagt. Dazu 9 Gebote aus Baden-Württemberg und kein Zuschlag. Schließlich 3 Gebote aus Bayern und nur ein Zuschlag. Bundesweit wurden 281 Gebote abgegeben und 67 Gebote bezuschlagt. Für einen gleichmäßigen Ausbau ist eine Regionalquote einzuführen, so dass ein Kontingent von jährlich mindestens 500 MW für Bayern entsteht. Dies entspricht nach heutigem Stand der Technik knapp 150 Anlagen und einem jährlichen Plus von einer Terawattstunde sauberem Windstrom.

Über 90 Prozent aller Zuschläge gingen bisher an tatsächliche oder angebliche Bürgerenergiegesellschaften, die eine Umsetzungsfrist von 54 Monaten ausschöpfen können. Weil in diesen Gesellschaften auf ständig sinkende Anlagenkosten spekuliert wird, droht in den Jahren 2018 und 2019 ein massiver Einbruch beim Ausbau der Windenergie in ganz Deutschland. Zum Schutz der heimischen Windenergiebranche mit ihren bundesweit 143.000 und bayernweit knapp 12.000 Beschäftigten muss dringend eine Sonderausschreibungsrunde durchgeführt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/18704

Rettet die Windenergie – Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Gehring

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Sandro Kirchner

Staatsministerin Ilse Aigner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rettet die Windenergie - Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern (Drs. 17/18704)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Windkraft-Aus in Bayern verhindern - 10H abschaffen (Drs. 17/18707)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Bayerische Energiewende ohne Windkraft - und jetzt? (Drs. 17/18717)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stümpfig. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Abg. Thomas Gehring (GRÜNE) begibt sich zum Rednerpult

– Entschuldigung, Herr Kollege Gehring, wollten Sie sprechen? Sprechen Sie anstelle von Herrn Stümpfig oder nur zur Geschäftsordnung?

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Beratung von Dringlichkeitsanträgen gibt es die Möglichkeit, dass sich die Abgeordneten die Redezeit teilen. Das werden wir bei diesem Thema auch machen. Ich werde nur einen kurzen Beitrag abgeben, der Kollege Stümpfig wird den Antrag dann ausführlich begründen.

Anlass dieses Antrags sind die Auswirkungen dieser unheilvollen 10-H-Regelung in Bayern. Aufgrund der 10-H-Regelung, die die CSU-Staatsregierung im Landtag durch-

gedrückt hat, ist die Windkraft in Bayern tot. Deswegen werden wir uns mit diesem Thema weiter beschäftigen. Wir werden deutlich machen, dass die neuen Ausschreibungsverfahren, die auf Bundesebene jetzt kommen, die Windkraft in Süddeutschland benachteiligen. Deswegen fordern wir Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen.

(Sandro Kirchner (CSU): Sprechen Sie nur, weil der Kollege Stümpfig nicht da ist?)

– Ich weiß, dass der Kollege Stümpfig nicht da ist. Unsere Fraktion ist aber so gut, dass alle Abgeordneten zu allen Themen sprechen können. Die Windkraft und die Energiewende in Bayern sind uns allen ein Anliegen. Deswegen werden wir die Windkraft ganz vehement fordern. Ich danke Ihnen vorläufig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Gehring, ich stelle fest, dass der Abgeordnete Stümpfig nicht anwesend war, als ich ihn aufgerufen habe. Sie haben versucht, diesen Mangel dadurch zu heilen, indem Sie selbst ans Rednerpult gerannt sind und hier erklärt haben, Sie wollten die Redezeit Ihrer Fraktion teilen. Das ist ein Fall, der bisher nicht vorgekommen ist. Ich werde ihn bei nächster Gelegenheit dem Ältestenrat vortragen, damit darüber eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann. Herr Kollege Stümpfig muss sich dann am Schluss einreihen.

Nächster Redner ist Kollege Glauber. Herr Kollege, Sie haben für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Gehring hat zu Recht gesagt, dass aufgrund der 10-H-Regelung beim Windkraftausbau in Bayern Vieles im Argen liegt. Ich sehe hier Erwin Huber sitzen. Er hat während aller Debatten über die unsägliche 10-H-Regelung, die Sie erlassen haben, immer wieder behauptet, die Kommunen hätten alle Möglichkeiten und mit dem 10-H-Gesetz würde kein Windrad in Bayern ver-

hindert. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Das haben wir in den Debatten hier im Plenum und im Ausschuss immer wieder angemahnt. Kollege Huber, sprechen Sie doch mit der Obersten Baubehörde, mit dem Innenministerium oder mit dem Wirtschaftsministerium. In Bayern werden keine neuen Windräder gebaut. Sie haben Ihr Ziel, den Ausbau von Windkraftanlagen und von erneuerbaren Energien in Bayern zum Erliegen zu bringen, erreicht. Sie als CSU-Regierung müssen sich das jetzt gefallen lassen. Sie haben mit aller Macht versucht, den Ausbau erneuerbarer Energien, für die am Ende keine Rechnung geschrieben werden, die sowohl für das Weltklima als auch für das bayerische Klima gut sind, zu verhindern. Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau erneuerbarer Energien findet nicht mehr statt. Das haben Sie erreicht.

Sie haben es auch geschafft, dass wir, früher Spitzenreiter bei den erneuerbaren Energien, in Deutschland auf diesem Feld nicht mehr wahrgenommen werden.

Was haben Sie noch erreicht? – Sie haben erreicht, dass auch die Debatte um erneuerbare Energien in diesem Haus nicht mehr stattfindet. Sie müssen sich jetzt auch den Vorwurf gefallen lassen, dass das wichtige Thema "erneuerbare Energien" von der Wirtschaftsministerin so gut wie nicht mehr vertreten wird. Ich erinnere mich noch an Ihre Aussage vor rund einem Jahr, als wir um 10 H gerungen haben, dass es nichts Neues gebe. Jetzt kommt überhaupt nichts Neues mehr, weil Sie nichts Substanzielles dazu beitragen. Der Ausbau findet nämlich nicht mehr statt.

Kollegen von der CSU, Sie haben gesagt, dass Sie beim Ausschreibungsverfahren keine Probleme sehen, weil Sie das in der Großen Koalition über den Bundesrat platzieren wollen. Was ist passiert? – In der letzten Ausschreibungsphase wurden 63 Projekte ausgeschrieben. Wie viele davon sind wirklich in den Süden Deutschlands gewandert? Kollegen von der CSU, können Sie sich vorstellen, wie viele Projekte in den Süden Deutschlands gewandert sind? – Von 63 Projekten sind 3 in den Süden Deutschlands gewandert.

Kolleginnen und Kollegen, das ist doch ein Armutszeugnis. Wir beschäftigen uns nicht mehr mit dieser wichtigen Thematik, weder mit regenerativen Energien noch mit regionaler oder lokaler Energiewende. Heute Morgen hat ein Treffen beim Verband kommunaler Unternehmen – VKU – stattgefunden. Der Kollege Huber war auch beim VKU. Die waren in diesem Thema stark. Sie haben denen die Chance genommen, Wertschöpfung für die Region zu betreiben. Sie haben ihnen eine Chance genommen.

Wir haben die Einführung eines Zerlegungssteuersatzes erreicht. Mit dem Zerlegungssteuersatz bleiben 70 % der Steuer in der Kommune. Auch das verhindern Sie. Sie wollen das nicht. Sagen Sie es in diesem Hause, dass Sie keine erneuerbaren Energien wollen! Sagen Sie, dass Sie den Fortschritt für die Zukunft nicht wollen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir und auch die GRÜNEN völlig zu Recht einen Antrag eingereicht. Wir fordern eine feste Quote für den Süden Deutschlands. Wir wollen, dass unsere Stadtwerke wieder zum Zug kommen. Wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung beteiligt sind. Stimmen Sie den Anträgen zu, wenn Sie nicht wollen, dass am Ende eine Kupferplatte durch Europa geht! Stimmen Sie den Anträgen zu, damit wir nicht nur Zuschauer an einer HGÜ-Trasse sind! Stimmen Sie zu, wenn Sie für eine lokale und regionale Wertschöpfung sind! Stimmen Sie zu, damit es feste Quoten für den Süden gibt! Stimmen Sie zu, wenn Sie eine feste Quote im Ausbauziel haben wollen! Schaffen Sie 10 H wieder ab! Das ist eine unsägliche Regelung, die für die Zukunft nichts bringt. Kinder, die heute geboren werden, werden die Wertschöpfung mit einem Windrad immer als ihre Wertschöpfung ansehen. Es ist nur eine Frage von Generationen. Die heutige Generation kann dem Windrad vielleicht noch nicht so viel abgewinnen. Die Wertschöpfung wird in Zukunft groß sein. Für Strom aus Windrädern, Sonnenenergie und Biomasse wird Ihnen keine Rechnung gestellt werden, da diese Energieträger regenerativ, nachhaltig und klimafreundlich sind. Genau deshalb stellen wir die Anträge in diesem Hause und bitten um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der Kollegin Kohnen von der SPD das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für den Antrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt haben Sie das Wort, bitte schön, Frau Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch absurder, dass wir über eine Sache namentlich abstimmen, die uns noch gar nicht vorgestellt worden ist. Herr Gehring, es war gut gemeint, auf 10 H einzugehen. Aber ich sage einmal, dass in diesem Antrag – –

(Erwin Huber (CSU): Wir können ja lesen!)

– Na ja, was heißt, Sie können lesen? – Ich glaube schon, dass es ein paar Dinge gibt, die noch erläutert werden müssten. Herr Stümpfig, leider konnten wir Ihnen im Vorfeld nicht zuhören. Wir diskutieren hier selten genug über die Energie. Von daher ist es umso bedauerlicher, dass es gerade so gelaufen ist. Heute diskutieren wir wieder ausschließlich über ein Thema, nämlich "Windkraft-Aus in Bayern verhindern". Das machen Sie als FREIE WÄHLER. Ja, das ist richtig. Wir müssen aber auch zugeben, dass wir die Verfassungsklage verloren haben. Die Begründung war teilweise absurd. Es ist absurd, wenn uns Juristen entgegenhalten, dass ja nicht 200 Meter hoch gebaut werden müsse, sondern auch 140 Meter genügen. Den Juristen ist es egal, ob ein Projekt wirtschaftlich rentabel ist oder nicht. Meine Antwort lautete: Wenn aber auf 140 Meter Höhe kein Wind weht, dann macht das physikalisch einfach keinen Sinn. Juristen sollten sich hin und wieder die physikalischen Gegebenheiten ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Dass die 10-H-Regelung die Windkraft tatsächlich zum Erliegen gebracht hat, ist richtig. Frau Aigner, es wäre schön, wenn Sie nachher noch ein paar Ausführungen dazu

machen könnten. Wie wollen wir ohne den großen Anteil an Stromerzeugung, der ursprünglich mit der Windkraft geplant war, tatsächlich durchkommen? – Am Ende komme ich auch auf unseren Antrag.

Beim zweiten Punkt, den die GRÜNEN ansprechen, erlaube ich mir ein kleines Schmunzeln. Herr Stümpfig, demnächst können Sie das Thema vielleicht durchsetzen, wenn Sie es schaffen, in eine Koalition zu gehen. Das wird man dann sehen. Herr Huber, ich wäre die verschiedenen Spiegelstriche gerne durchgegangen. Die Forderung im zweiten Spiegelstrich, bei den Bürgerenergiegesellschaften wieder in den alten EEG-Mechanismus zurückkehren, ist nicht die Lösung aller Dinge. Es ist richtig, dass die Ausschreibungen durchaus problematisch sind. Wir, die SPD-Fraktion, wären durchaus für eine Regionalquote zu haben. Wir halten diese auch für richtig. Es ist auch richtig, dass man über die Ausbauziele und den Ausbaukorridor sprechen muss. Aber die Rückkehr zu alten Mechanismen funktioniert nicht. In diesem Haus sollte eigentlich Einigkeit darüber bestehen, dass die erneuerbaren Energien bei dem Anteil, den sie einnehmen, durchaus schon Verantwortung übernehmen müssen. Daher kam auch die Idee der Ausschreibung. Was nicht funktioniert, muss durchaus korrigiert werden. Aber die Lösung kann nicht sein, zu dem zurückzukehren, was wir früher hatten.

Wir, die SPD, haben einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Die Energiewende war nämlich in den letzten eineinhalb Jahren so gut wie kein Thema mehr im Bayerischen Landtag. Die Thematisierung wäre aber dringend notwendig; denn die Zeit schreitet voran, die Atomkraftwerke werden vom Netz gehen. Es ist noch immer völlig unklar, wie groß die Lücke tatsächlich sein wird, wenn die Versorgung durch die Atomkraft beendet ist. Wie schließen wir diese Lücke?

(Erwin Huber (CSU): Null! Die Lücke ist null!)

– Null Lücke! Ja mei, Herr Huber, vielleicht dürfen Sie auch noch reden. Aber ich glaube, Sie sind heute nicht dran. – Es wird eine Lücke geben. Die werden wir schließen

müssen. Es sei denn, man überlässt das dem europäischen Kontext, Herr Huber. Europäischer Kontext heißt, dass wir den Strom aus anderen Ländern beziehen. Das könnten wir machen. Wir sollten dann aber genau hinschauen. In dieser Energiewende wird der Strom dann nicht mehr aus erneuerbaren Energieträgern stammen, sondern der Strom wird durchaus fossil oder atomar hergestellt werden.

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch weltfremd!)

– Jetzt plärren Sie nicht immer dazwischen. Wir können das nachher noch einmal diskutieren. – Frau Aigner, wir wären sehr dankbar, wenn Sie einfach einmal einen Bericht abgeben würden – in den letzten eineinhalb Jahren hat das nämlich nicht mehr stattgefunden; wir haben im Prinzip keine neue Konzipierung durchsetzen können – und klar sagen würden, welche Ausbauziele Sie für die Windkraft und für die anderen erneuerbaren Energien haben. Da käme nämlich genau der Aspekt der Abschaffung der Windkraft in Bayern zum Tragen. Wir wüssten dann, was passiert.

Es muss auch eine Aussage darüber geben, wie hoch die Stromlücke ist. Es muss eine Aussage geben, ob sie, wie Herr Huber sagt, tatsächlich null ist oder deutlich höher. Wir haben ja auch schon über Gaskraftwerkskapazitäten diskutiert.

Wir brauchen auch ein Konzept zum Umgang mit der drohenden Forderung der EU-Kommission zur Einführung möglicher Strompreiszonen. Das ist nicht vom Tisch; denn genau dieses Thema wird auf uns zukommen. Das sogenannte Winterpaket greift nämlich in dieser Form auch nicht ganz. Die EU diskutiert über dieses Thema. Das ist für uns ganz wesentlich. Wir müssen die Szenarien einfach einmal durchgehen und uns fragen, was wir im einen Fall, im zweiten Fall und im dritten Fall tun. Daher haben wir unseren Berichtsantrag eingebracht. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie ihm zustimmen würden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Stümpfig von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie ist die kostengünstigste Form, Strom zu erzeugen. Eine einzige Anlage erzeugt sechs bis acht Millionen Kilowattstunden und kann 2.500 Haushalte über ein ganzes Jahr mit sauberem Strom versorgen. Der Flächenverbrauch ist minimal. Sie hinterlässt kaum Altlasten; Beton und Eisen sind wiederverwertbar. Und: Ihr Potenzial in Bayern ist groß. Ich spreche von der Windkraft. Sie hat ein enormes Potenzial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses enorme Potenzial gilt es jetzt zu heben. Am 6. November dieses Jahres beginnt in Bonn die Weltklimakonferenz. Unsere Bilanz in Bayern ist bei diesem Thema wirklich traurig: Seit dem Jahr 1990 haben wir es in Bayern gerade einmal geschafft, unsere CO₂-Emissionen um 8 % zu reduzieren. Der Stromverbrauch steigt und steigt. Frau Kollegin Kohnen, die vor mir gesprochen hat, hat die Frage schon gestellt: Wo wird der Strom herkommen, wenn wir unsere Atomkraftwerke abschalten? Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion haben auf diese Frage nur eine Antwort. Sie wollen Kohle-Strom importieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann es nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit würde unsere schlechte Klimabilanz noch schlechter. Im Jahr 2013, als die Windkraft gerade richtig zum Höhenflug angesetzt hat und als wir dachten, dass sie jetzt durchstarten würde, haben Sie die 10-H-Regelung erfunden und die Windkraft damit wirklich abgewürgt. Jetzt kommt noch die Ausschreibung über die EEG-Reform dazu, die Sie mitveranlasst haben. Damit nehmen Sie die Windkraft in einen Zangen-griff.

Bei den Ausschreibungen zählt einzig und allein der Preis. Wenn nur der Preis zählt, dann werden die Windkraftanlagen dort hingestellt, wo am häufigsten der Wind weht. Das ist in Norddeutschland und teilweise in Mitteldeutschland der Fall. Diese Anlagen erzeugen aber nur auf dem Papier den meisten Strom; denn in Schleswig-Holstein gibt es beispielsweise sehr viele Windkraftanlagen, die in vier Jahren nur auf eine Laufzeit kommen, die sie sonst in einem Jahr leisten könnten. Diese Anlagen werden abgeregelt, da der Strom, der in Norddeutschland nicht gebraucht wird, nicht bis nach Süddeutschland kommt. Diese Anlagen schöpfen also nur ein Viertel ihres Potenzials aus. Mit diesem Schwachsinn müssen wir endlich Schluss machen! Wir müssen endlich den dezentralen Ausbau stärken! Die Windkraftanlagen sollen in Bayern dort stehen, wo der Strom verbraucht wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen daher eine Regionalquote für Bayern von mindestens 500 Megawatt jährlich, die wir mit unserem Dringlichkeitsantrag fordern. Das entspricht 150 Anlagen. Das ist nicht wahnsinnig viel. Im Jahr 2014 haben wir in Bayern Anlagen mit einem Umfang von 412 Megawatt installiert. Diese Forderung ist also nicht überzogen. Da müssen dann eben auch Windkraftanlagen in Oberbayern oder bei Herrn Huber in Niederbayern stehen, der die Windräder bislang nur aus Franken kennt. Das wäre eine echte Wertschöpfung in Bayern. Da wollen wir hin. Das wollen wir erreichen.

(Manfred Ländner (CSU): Wie viele Windräder nach München?)

– Wir brauchen insgesamt mehr Windkraft: 5.000 Megawatt pro Jahr. Von dieser hoch-effizienten Technik sind in dem Zeitraum von 2013 bis 2015 8.500 Megawatt zugebaut worden. Die Steigerung der EEG-Umlage, die auf diesen Ausbau zurückgeht, betrug gerade einmal 0,2 Cent. Diese Technologie ist kosteneffizient und sehr sinnvoll.

Die Akzeptanz für die Windkraft werden wir nur erlangen, wenn wir die Bürger beteiligen. Frau Kohnen, wir müssen dazu die Möglichkeiten ausnutzen, die uns die EU bietet. Nach der De-minimis-Regelung können Projekte bis 18 Megawatt auch ohne Aus-

schreibung verwirklicht werden. Wir wollen diese Möglichkeit nutzen. Schlupflöcher für Pseudo-Gesellschaften wollen wir schließen. Außerdem wollen wir die entstandene Schieflage durch die Tricksereien bei den Bürgeranlagen wieder auffangen; denn in diesem Jahr gingen 90 % der Ausschreibungen an sogenannte Bürgergenossenschaften. Diese haben jetzt 4,5 Jahre Zeit, diese Anlagen zu bauen. Wir wissen nicht, ob diese Anlagen überhaupt gebaut werden.

Durch diesen verzögerten Ausbau entsteht in der nächsten Zeit eine große Lücke. Dadurch werden die Windkraftbranche geschädigt und Arbeitsplätze gefährdet. Wir brauchen deshalb eine zusätzliche Ausschreibungsrunde mit einem Volumen von 3.000 Megawatt, damit der Ausbau nicht stockt und die Lücke in den Jahren 2019 und 2020 geschlossen werden kann.

Mit unserem Gesamtpaket würden wir in dieser Gesamtlage das Mögliche herausholen. Unsere Ziele sind umsetzbar. Stimmen Sie deshalb unserem Dringlichkeitsantrag zu! Verleihen Sie der Zukunftstechnologie Windkraft wieder den nötigen Schwung! Bayern würde dadurch mehr sauberen Strom, mehr regionale Wertschöpfung und eine bessere Klimabilanz erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig, ich musste am Anfang ein bisschen schmunzeln, nicht deswegen, weil Sie zu spät gekommen sind und Ihren Dringlichkeitsantrag verpasst haben, sondern weil ich mir dachte, als ich gestern Ihren Dringlichkeitsantrag in ausgedruckter Form vor mir liegen hatte: Den GRÜNEN gehen langsam die Ideen aus; sie kommen schon wieder mit diesem Thema an.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das Problem wird nicht gelöst!)

Wer über dieses Thema im Internet auf bestimmten Plattformen und Foren recherchiert, könnte den Eindruck gewinnen, dass Sie die dort aufgeworfenen Themen einfach kopiert, übertragen und in diesen Dringlichkeitsantrag hineingeschrieben hätten. – Richtig schmunzeln musste ich über die Überschrift; denn da fragte ich mich: Was, die GRÜNEN wollen die Bürgerwindkraft abschaffen? Das war für mich völlig unverständlich.

In der Begründung Ihres Dringlichkeitsantrags sind Sie auf das EEG eingegangen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass einige Leute aus Ihrer Partei für sich in Anspruch nehmen, Erfinder des EEG zu sein. Damit wären diese Leute auch diejenigen, die für das Chaos beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Energiewende verantwortlich sind. Sie wären für die Mechanismen verantwortlich, die in der Vergangenheit zu gewissen Schieflagen und Fehlsteuerungen geführt haben. Das betrifft zum Beispiel die Volkswirtschaft: Beim Zubau wurden falsche Anreize gesetzt. Die Lösung von Speicherproblemen wurde gänzlich vergessen. Diese Leute wären auch für den Netzausbau mitverantwortlich, über den wir überall diskutieren und den wir durchführen müssen.

Ihr Dringlichkeitsantrag zeigt mir, dass Sie dieses Thema noch nicht richtig durchblickt und verstanden haben. Mit diesem Dringlichkeitsantrag wollen Sie schon wieder Mechanismen einführen, die das Ganze schwieriger und schlechter machen würden. Herr Stümpfig, als das EEG im Jahr 2014 fortgeschrieben wurde, wurde bewusst der Ausbaukorridor thematisiert, um gewisse Veränderungen zu erreichen, zum Beispiel hinsichtlich der Preisentwicklung. Der Strompreis ist ein wichtiges Thema für die Verbraucher und für den Wirtschaftsstandort. Außerdem muss die Synchronisation beim Ausbau der Netze gewährleistet werden, um Planungssicherheit beim Netzausbau, für die Stromversorgung und die Sicherheit zu gewährleisten.

Sie fordern eine Erhöhung des Ausbaukorridors, aus der Hüfte heraus und mit irgendwelchen Zahlen. Für mich ist das ein Signal, dass Sie eine Rolle rückwärts vollziehen wollen. Sie wollen den Zubau im Norden forcieren, Netzengpässe generieren und damit einen Netzausbau erreichen.

Die Bürgerenergie ist gut und sollte gefördert werden, weil damit die Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft vorangebracht wird. Wir verfolgen das Ziel, die Bürgerenergiegesellschaften bei den Ausschreibungen ins Boot zu bringen. Herr Glauber, Sie haben die Zahlen zu der letzten Ausschreibung im August genannt. Bei 84 % der Anbieter waren Bürgerenergiegesellschaften beteiligt. Bei den Angeboten, die den Zuschlag bekamen, waren sogar zu 95 % Bürgerenergiegesellschaften beteiligt. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, dass viele Projekte auf einen einzelnen Projektierer zu bündeln sind. Hier wurden Ausnahmeregelungen zum Regelfall gemacht. Deshalb muss hier gegengesteuert werden.

Wichtig ist, dass der Gesetzgeber in Berlin seiner Aufgabe nachkommt und sein ursprüngliches Anliegen verfolgt, lokal verankerte Bürgerenergiegesellschaften zu schützen, damit der Ausnahmefall auch ein Ausnahmefall bleibt. Ich glaube, die Ministerin wird in Berlin sehr emsig dafür eintreten, dass dieser Missstand wieder korrigiert wird.

Ich halte die Modalitäten für die Bürgerenergiegesellschaften für zumutbar. Auf der einen Seite haben diese Gesellschaften mit der BImSchG-Genehmigung Vorteile. Das haben Sie gar nicht gesagt. Die Ausschreibungen zeigen jetzt schon, dass wir dadurch, dass an dieser Stelle Wettbewerb stattfindet, innerhalb von drei Monaten um 25 % niedrigere Stromkosten haben. Ich denke, dass das ganz gut ist.

Die Festvergütung, die Sie hier ins Spiel bringen, Herr Stümpfig, ist eine Rolle rückwärts; denn Sie verursachen damit hohe Stromkosten – und die Oma, die mit ihrer kleinen Rente die Stromrechnung bezahlen muss, ist da wieder mit im Boot. Genau das wollen wir nicht.

Kommen wir auf das Bayern-Kontingent zu sprechen. Sie haben da 500 Megawatt pro Jahr gefordert. Aber diese Forderung ist eigentlich nicht begründbar. Natürlich ist eine Steuerung etwas Gutes, und Sie haben richtig erkannt, dass die sogenannte Südschiene, bestehend aus den südlichen Bundesländern, unter anderem Bayern, eine Rolle bei der Netzbe- oder -entlastung spielen könnte. Aber der Mechanismus ist falsch, weil er nicht generiert werden kann bzw. weil Sie dabei keine Steuerungsmöglichkeiten haben. Viel besser ist es, mit dem Einspeisemanagement zu agieren, beispielsweise erneuerbare Energien in Bereichen von Netzengpässen schlechter zu stellen oder andere Mechanismen zu erfinden, die hier besser geeignet sind.

Ausschreibungsrunden, wie sie im Dringlichkeitsantrag genannt sind, sind generell richtig. Aber so, wie Sie sie gefordert haben, ist es leider wieder falsch. Es wäre nämlich ein Stück weit besser, bei kurzfristigen Sonderausschreibungen Projekte mit ins Spiel zu bringen, die bereits genehmigt sind, um so den Realisierungszeitraum zu begrenzen. Das ist vielleicht der richtigere, schnellere und bessere Weg, um belastbare Planungsgrößen zu bekommen. Da ist der Bundesgesetzgeber verantwortlich. Sie können sicher sein, dass der Freistaat Bayern bereits aktiv ist.

Kommen wir zu 10 H, Ihrem Lieblingsthema, das hier im Haus oft missbraucht wird. Ich habe manchmal das Gefühl, dass die Schallplatte hängt. Herr Glauber, auf der einen Seite legen Sie hier ein großes Plädoyer gegen 10 H ab, aber draußen vor Ort sagen Ihre Kollegen von den FREIEN WÄHLERN – vielleicht nicht mehr in der Fraktion, aber noch in der Partei –: Da können aber keine Windräder gebaut werden; da muss die 10-H-Regelung gelten! – Die FREIEN WÄHLER sollten sich schon einmal überlegen, was sie nun wollen, um hier glaubhaft mitdiskutieren zu können.

Hören Sie mit dem Märchen auf, die 10-H-Regelung sei schuld am Rückgang des Ausbaus der Windenergie in Bayern. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Menschen in Bayern von der Politik gefordert haben, den Ausbau der Windenergie nur im Einklang mit dem Schutz der Natur und der Landschaft und im Konsens mit den Menschen vor Ort zu realisieren.

(Widerspruch bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

– Doch, das hat der Wähler bei der Wahl 2013 so entschieden. Vielleicht sollten Sie sich die Wahlprogramme in Erinnerung rufen. Die 10-H-Regelung ist daraus konsequenterweise entstanden. Ich darf Ihnen darüber hinaus in Erinnerung rufen – Frau Kohlen hat es auch gesagt –, dass die 10-H-Regelung auch vor dem Verfassungsgerichtshof standgehalten hat. Somit ist sie gerichtlich bestätigt.

Die 10-H-Regelung ist keine Verhinderungsregelung, sondern stärkt die kommunale Bauleitplanung. Im Rahmen des Bauleitverfahrens können Interessen vor Ort beteiligt werden. Damit steigt natürlich auch die Akzeptanz solcher Projekte vor Ort und damit der Energiewende insgesamt. Konzentrieren wir uns mal auf die Fakten, Herr Stümpfig. Ich habe es Ihnen im Ausschuss schon mehrmals gesagt und möchte Sie hier nochmals fragen: Könnte es sein, dass der Binnenstandort Bayern für die Windkraft nicht die idealen Voraussetzungen bietet?

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Könnte es sein, dass die windhöffigen Standorte in der Vergangenheit bevorzugt ausgebaut und erschlossen worden sind und damit im Programm für die Energieversorgung in Bayern schon präsent sind? Könnte es sein, dass durch die verschiedenen Einspeisevergütungen und Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Sätze zustande gekommen sind, die für den Windkraftstandort Bayern keine lukrativen Möglichkeiten mehr zulassen? Sind Ihnen Regionalpläne bekannt, die Vorranggebiete für Windkraftanlagen außerhalb der 10-H-Regelung ausweisen, die zu jeder Zeit erschlossen werden könnten, aber vermutlich wegen fehlender Lukrativität nicht zum Tragen kommen? Haben Sie sich diese Tatsachen schon einmal bewusst gemacht?

Sagen Sie das den Leuten draußen, seien Sie so ehrlich. Auf Ihrer Internetseite sind Foren, in denen sich Leute für die Windenergie aussprechen können; dort sind Aussagen zu finden – ich habe den Verdacht, dass Sie hier abgeschrieben haben – wie: Das

EEG spielt eine Rolle, Investitionskosten pro Anlage sind im Süden viel höher; man muss höhere Anlagen bauen; längere Flügel kosten Geld; die Anschlusskosten sind wegen der Topografie, der Wege, der Netzanbindung höher; die kleinteilige Landschaft in Bayern macht eben Mega-Windparks, wie es sie anderweitig gibt, nicht möglich. – Vielmehr entstehen hier kleine Anlagen, kleine Parks.

Wer rechnen kann, stellt fest, dass die Voraussetzungen, umgerechnet auf die einzelne Anlage, ganz andere sind als woanders. Wenn Sie anfangen würden, ehrlich zu diskutieren, wären Sie viel glaubwürdiger. Deswegen muss ich Ihnen sagen: Der vorliegende Dringlichkeitsantrag zeigt ein Stück weit, dass Sie nur versuchen, die Zeit mit diesen Themen zu belegen, ohne irgendwelche Lösungen aufzuzeigen.

(Beifall bei der CSU)

Zu den FREIEN WÄHLERN habe ich schon gesagt, dass sie die 10-H-Regelung draußen ganz anders verkaufen, als sie hier argumentieren.

Liebe Frau Kohnen, mein Vorsitzender Erwin Huber hat mir verboten, mich mit Ihnen zu streiten; Sie machen das bilateral aus. Aber ich stelle fest, dass wir uns hier im Hohen Haus mit Energiefragen sehr intensiv beschäftigt haben. Wir haben einen Energiedialog geführt, der für andere Landesregierungen und Diskussionen Blaupause ist. Er wird auch permanent ergänzt und fortgeführt. Hier im Hohen Haus haben wir uns auch sehr oft mit dem Thema Kohle und anderen Energiefragen befasst. Im zuständigen Wirtschaftsausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender Sie sind, Herr Stümpfig, und an dem Sie, Frau Kohnen, auch des Öfteren teilnehmen, reden wir ganz, ganz oft über Energie.

(Natascha Kohnen (SPD): Schauen Sie sich doch mal die Tagesordnung an!)

Morgen haben wir fünf Punkte zum Thema Energie auf der Tagesordnung, zu denen ich Berichterstatter bin.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja, das sind Anträge von uns!)

– Ja. Wir reden also über das Thema – aber Sie sagen, wir reden nicht darüber. Das muss ich zurückweisen; das passt nicht. – Deswegen lehnen wir alle drei Dringlichkeitsanträge ab.

(Volkmar Halbleib (SPD): Geben Sie doch der Frau Aigner die Chance zu berichten!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kirchner, bleiben Sie bitte am Rednerpult; der Kollege Glauber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Kirchner, Sie sagen, 10 H sei keine Verhinderung der Planungen. Sagen Sie doch dem Hohen Haus, wie viele neue Anlagen in 2016 und 2017 hinzugekommen sind, damit alle Kolleginnen und Kollegen wissen, dass die 10-H-Regelung doch eine Verhinderungsplanung ist, nachdem null neue Windräder dazugekommen sind. Wir kommen von über 200 Anlagen. Sie haben Ihr Ziel doch erreicht.

Sie sprechen davon, dass wir, die FREIEN WÄHLER, aber auch andere im Hohen Haus keine Verantwortung übernehmen. Demgegenüber sage ich Ihnen, Herr Kirchner: Sie stellen Landräte, wir stellen Landräte. Wir haben in Landkreisen die Verantwortung übernommen und Energieleitpläne und Regionalpläne aufgestellt. In diesen Regionalplänen wurden Vorrangflächen definiert. Aber Sie haben von jetzt auf gleich einfach die vielen Planungen, die in Bayern existiert haben, obsolet gemacht. Damit haben Sie die viele Arbeit, die in den Regionen, in den einzelnen Gremien, in den vom Volk gewählten Kommunalparlamenten geleistet wurde, vom Tisch gewischt. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber der kommunalen Ebene.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Glauber, privat verstehen wir uns eigentlich recht gut. Ohne dass es jetzt zu persönlich wird, muss ich Ihnen sagen: Das ist jetzt wieder so

eine typische FREIE-WÄHLER-Aussage; denn nicht die FREIEN WÄHLER machen die Regionalplanung, sondern die Regionalen Planungsverbände.

(Berthold Rüth (CSU): Ja, genauso ist es!)

Ich komme aus Franken und stelle fest, dass bei uns 70 % der Windräder in Bayern stehen. Wir kommen also insofern unseren Verpflichtungen nach.

Ich komme zudem aus einem Landkreis, der das beste Beispiel dafür liefert, dass die 10-H-Regelung Planungen nicht verhindert. Bei mir im Landkreis hat ein Bürgermeister die Werkzeuge benutzt, die die 10-H-Regelung bietet, um Windräder in einer Bauleitplanung möglich zu machen. Das Windrad ist genehmigt und in der Entstehung. Das zeigt, dass Sie hier gerade wieder Märchen erzählt haben. Allein mit der 10-H-Regelung, die Sie "Verhinderungsplanung" nennen, ist man jetzt schon 24- oder 25-mal den Weg der Bauleitplanung gegangen. Umgekehrt lässt man Projekte außen vor, die nach der Regionalplanung sofort möglich wären, weil sie vielleicht von der Windhöflichkeit, der Wirtschaftlichkeit her nicht realisierbar sind. Insofern bleibe ich bei meiner Aussage, dass Sie im Zusammenhang mit der 10-H-Regelung einfach nur versuchen, zu polarisieren, Märchen zu erzählen und die Leute zu übergehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin Kohnen hat ums Wort gebeten. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich glaube, dass wir hier gar nicht so ein Hickhack machen müssen. Wir können uns stattdessen doch einmal die Daten von Windkraftanlagen herausholen und prüfen, welche Windkraftanlagen wann genehmigt wurden. Aus diesen Daten werden Sie tatsächlich ersehen – wir erfragen sie von Ihren Ministerien –, dass der Ausbau der Windkraft extrem abgenommen hat und fast zum Erliegen gekommen ist. Das wäre eine schöne Möglichkeit, Frau Aigner, wenn wir uns mal, meinetwegen auch im Wirtschaftsausschuss, zusam-

mensetzen und Sie tatsächlich einfach mal die verschiedenen Bausteine der Energiewende zusammen darstellen. Dann könnten wir solche Punkte in Ruhe anhand der Datengrundlagen betrachten. Nur darauf zielt unser Berichtsantrag. Wir wünschen uns eine Datengrundlage, damit wir einfach mal gemeinsam darüber sprechen können. Die Diskussion über die Energiewende jetzt wieder zu einem Hickhack zu machen, bringt nichts.

(Erwin Huber (CSU): Wer macht das denn?)

– Was heißt "wer macht's"? Wenn wir selber keine Grundlagen kriegen, sondern sie immer erfragen müssen, müssen wir das eben gemeinsam erarbeiten. Das wäre anhand eines Berichts der Ministerin einfach gut zu machen.

Den Energiedialog besuchen wir energiepolitischen Sprecher alle; wir bekommen das alles mit. Aber wenn wir eine echte, gute politische Konzeption herstellen wollen, hinter der dann auch im Landtagswahlkampf vielleicht jeder stehen kann, bekommen wir das Infrastrukturprojekt echt hin. Ansonsten schaffen wir es unter Umständen nicht. Insofern meine Bitte noch einmal an Frau Aigner, ob wir uns denn im Wirtschaftsausschuss – es muss ja nicht hier sein; denn hier gibt es immer ein bisschen Schaukämpfe – einfach hinsetzen und das in Ruhe besprechen können.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Kohnen, ich gehe davon aus, Sie haben jetzt den Kollegen Kirchner angesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist bei ihm angekommen!)

Deswegen gebe ich jetzt dem Kollegen Kirchner das Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Über die Regierungsbank direkt an den Redner! – Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

– Das haben wir noch nicht so ganz in der Geschäftsordnung. Sie müssten dazu einen Vorschlag machen. Aber jetzt hat der Kollege Kirchner das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Um den Spaß mitzumachen: Das bedeutet, dass Sie den Antrag zurückziehen,

(Natascha Kohnen (SPD): Nein!)

um das bilateral zu klären, oder?

Ich möchte das schon noch differenzieren, Frau Kohnen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht. Die Energiewende ist wichtig, und wir müssen versuchen, gemeinsam einen Konsens für Dinge zu finden, die von der Bevölkerung ein Stück weit mitgetragen und akzeptiert werden können.

Aber ich wehre mich gegen den Versuch, falsche Wahrnehmungen über die 10-H-Regelung zu erzeugen und falsche Fakten in den Raum zu stellen. Dagegen wehre ich mich, und dagegen habe ich mich heute auch gewehrt. Zu den Zahlen will ich Ihnen sagen, dass nicht 10 H das Problem ist, sondern dass sich die Energieeinspeisevergütung verändert hat, mit der eine Novellierung des EEG einhergeht, und dass der Windstandort Bayern natürlich nicht die gleichen Voraussetzungen wie andere Gebiete hat. Das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Wenn uns das gelingt, haben wir viele Möglichkeiten, alles andere vernünftig zu besprechen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Frau Staatsministerin Aigner das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir darüber wieder einmal reden können, insbesondere weil ich jetzt gleich nach Berlin zur nächsten Runde der Verhandlungen fahre; dazu kann ich gern noch einiges sagen. Aber zuerst zu den Anträgen.

Noch einmal zu 10 H. Der Kollege Kirchner hat zu Recht angeführt, dass es vor Ort durchaus viele Diskussionen über die Frage gegeben hat, wie nah Windkraftträder an den Ortschaften sein können. Wir haben versucht, einen Weg zu finden, bei dem die Gemeinden die Möglichkeit haben, in der Bauleitplanung selbst zu entscheiden; denn rein immissionsschutzrechtlich hat es keine Möglichkeit gegeben, da es sich um privilegierte Bauwerke handelt.

Dass das nicht ganz falsch sein kann, sieht man vielleicht an Schleswig-Holstein. Lieber Herr Stümpfig, selbst Habeck schlägt jetzt eine 10-H-Regelung vor. Also kann es von der Grundidee her vielleicht nicht ganz falsch sein, so etwas zu machen. Dort sind die Abstände ein bisschen anders; aber die Grundidee, den Kommunen eine Entscheidung über die Bauleitplanung zu ermöglichen, ist offensichtlich nicht ganz falsch. Ich kann mich bei den Kollegen bedanken, die das im Ausschuss meines Erachtens hervorragend abgestimmt und eine Befriedung vor Ort geschafft haben. Das ist das eine.

(Beifall bei der CSU)

Zum anderen würde ich aber Ursache und Wirkung ein bisschen anders sehen. Ja, wir haben beim EEG von der Festsetzung des Staates, wie viel per Kilowattstunde gezahlt wird, auf eine Ausschreibung umgestellt. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass das einiges hinsichtlich Kosteneffizienz bewirkt hat. Ich will ein Beispiel nennen. Bei einer Ausschreibung von Offshore, über die wir jetzt gar nicht reden, geht es nicht mehr um 18, sondern um 0,33 Cent je Kilowattstunde. Das ist schon ein Wort, würde ich einmal sagen. In den Ausschreibungen bei Fotovoltaik und bei Wind an Land sind wir zu Preisen gekommen, die wir uns gar nicht hätten vorstellen können.

Die Konsequenz ist natürlich, dass die besseren Standorte sozusagen leichter in die Ausschreibung kommen. Auch wenn wir x Quoten festlegen: Wenn die Ausschreibung günstigere Angebote zum Ergebnis hat, ist das mit regionalen Quoten schwierig. Ich persönlich habe dagegen gar nichts und möchte nur darauf hinweisen, dass ich bei

den letzten Verhandlungen zum EEG von Kollegen Sigmar Gabriel und Staatssekretär Baake, der bekennenderweise ein GRÜNER ist, nicht bei dem Vorhaben unterstützt worden bin – von Widerstand möchte ich nicht sprechen –, bei der Ausschreibung einen Faktor festzulegen, der den Netzausbau berücksichtigt.

Ich kann nur immer sagen: Der Netzausbau ist nicht nur ein Problem bei den großen Leitungen, über die wir reden und die wir jetzt in die Erde vergraben, sondern er ist auch ein Problem bei den Verteilnetzen. Die größten Engpässe gibt es in Schleswig-Holstein, im Osten des Landes und in Niedersachsen. Deswegen, meine Damen und Herren, wird bei der nächsten EEG-Novellierung auch die Frage gestellt werden müssen, wohin wir bauen; denn es macht keinen Sinn, den Deckel anzuheben und einfach neue Anlagen zu bauen, wenn der Strom nicht weitergeleitet werden kann. Das macht keinen Sinn.

Hier will ich ausdrücklich sagen, dass es weder marktwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich ist, eine Abregelung zu 95 % unabhängig davon zu entgelten, wo die Anlage erstellt wird. Deshalb müssen wir uns in der nächsten Phase am Netzausbau orientieren, egal, ob das Fotovoltaik oder Wind ist. Da wird es zur Nagelprobe kommen, und ich bin gespannt, was eine neue Konstellation machen wird. Ich hätte daran großes Interesse; aber bisher gab es da andere Mehrheiten. Liebe Frau Kohlen, das hat nicht an mir gelegen. Ich lasse da die GRÜNEN nicht davonkommen; denn Baake ist ein GRÜNER und hat das nicht wesentlich unterstützt.

Ich will noch etwas zu den Strompreiszonen sagen. Natürlich spreche ich mich dagegen aus, dass die Strompreiszonen innerhalb Deutschlands aufgeteilt werden. Da kämpfe ich auch. Auf der europäischen Ebene können alle Parteien mithelfen, dass nicht die Kommission in Alleinherrschaft die Strompreiszonen aufteilt. Wenn es im Parlament keine Mehrheit gibt, müssen wir dafür im Rat sorgen. Lieber Herr Glauber, Sie wissen meines Erachtens auch ganz gut, dass die Diskussion um die Strompreiszonen umso gefährlicher ist, je mehr es sozusagen zu einem regionalen Ausbau kommt, der letztendlich teurer wird. Sie wissen das ganz genau. Wenn wir auf der einen Seite

produzierten Strom wegwerfen und ihn auf der anderen Seite bei uns teuer produzieren, werden Strompreiszonen immer wahrscheinlicher. Ich kämpfe dagegen, weil ich auch in der Verantwortung für unsere Wirtschaft stehe.

Nächster Punkt sind die Bürgerenergieanlagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin – auch durch einen Antrag hier im Haus – zu Recht aufgefordert worden, mich für Bürgerenergieanlagen einzusetzen. Ich habe einen Vorschlag – aber auch da gab es in den Verhandlungen mit den zwei vorher Genannten keine Mehrheit – für eine Vorzugsregelung für Bürgerenergieanlagen gemacht. Aber man hat sich darauf geeinigt, dass man keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorzulegen braucht. In den beiden bisherigen Ausschreibungsrunden wurde mit jeweils 95 % der Leistung ein extrem hoher Anteil an Bürgerenergieanlagen bezuschlagt. Die meisten davon haben noch keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Das müssen wir ändern. Der Bundestag hat übrigens schon gehandelt, und in den nächsten zwei Ausschreibungsrunden im ersten Halbjahr des nächsten Jahres wird das auch berücksichtigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie fingieren Bürgeranlagen, und einzelne Projektträger haben Anlagen errichtet, die gar keine Bürgerenergieanlagen sind. Das will ich durchaus konzедieren, und da gibt es dringend Handlungsbedarf. Ich hoffe, dass wir in diesem Bereich sehr schnell vorankommen. Ich gehe aber davon aus, dass wir uns einig sind, dass wir Bürgerenergieanlagen unterstützen wollen, und zumindest ich werde dafür auch weiter werben.

Liebe Frau Kohnen, es gibt natürlich das Bayerische Energieprogramm 2015. Demnächst wird es auch einen Fortschrittsbericht geben, und selbstverständlich werden wir gern im Ausschuss diskutieren; das ist nicht das Problem. Sie können in Ihrem Antrag nicht behaupten, wir hätten kein Papier oder kein Konzept. Ich habe es hier und gebe es Ihnen einfach noch einmal

(Natascha Kohnen (SPD): Wir hätten es gern! – Volkmar Halbleib (SPD): Es gibt keinen Fortschritt!)

– Es ist öffentlich zugänglich. Den Fortschrittsbericht haben wir noch nicht, denn wir sind manchmal auf die Zulieferung von Daten angewiesen. Ich gebe Ihnen den Bericht auf jeden Fall noch einmal, damit Sie ihn haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie mir, das Thema ist hoch komplex. Manchmal kann man die Welt auch nicht so malen, wie man sie sich wünscht. Aber es ist selbstverständlich, dass ich persönlich und die Mehrheitsfraktion für einen vernünftigen Ausbau kämpfen. Nebenbei bemerkt – das möchte ich immer wieder sagen – sind wir bei 40 % Stromerzeugung durch erneuerbare Energien, und so viel haben nicht allzu viele.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Aigner, wie der Wind in Jamaika weht, das wissen wir alle nicht. Wir wissen aber, dass wir die Ausschreibungen steuern müssen. Ich bin ja schon froh, dass Sie sagen: Wir müssen eine Steuerung vornehmen.

Herr Kirchner hat es vorhin nicht genau verstanden. Es geht nicht darum, wo die Anlagen am meisten erzeugen, sondern es geht darum, wo wir sie am besten nutzen können. Davon hängt ab, wo wir sie dann hinstellen. Deswegen ist die Regionalquote in Bayern – im Grunde insgesamt in Süddeutschland – nach unserer Einschätzung enorm wichtig, weil eben dort der Strom verbraucht wird. Daher die Frage an Sie: Wie wollen Sie sich dafür einsetzen? Wie können Sie garantieren, dass die Windräder nicht nur in Mittel- und in Norddeutschland stehen, sondern auch bei uns in Bayern?

Eine zweite Anmerkung habe ich im Zusammenhang mit Schleswig-Holstein; Sie haben das angesprochen. Der dortige grüne Umweltminister Habeck hat zugestimmt, dass in den Regionalplänen eine Abstandsregelung von 1.000 Metern steht.

1.000 Meter und 2.000 Meter – das ist ein Riesenunterschied. Ob man um jedes Einzelgehöft einen Kreis von 2.000 Metern zieht, wie wir in Bayern, oder einen von 1.000 Metern, das macht einen Riesenunterschied. Lassen Sie sich also überzeugen von der schleswig-holsteinischen Regelung, und gehen Sie zurück zu den 1.000 Metern. Dazu bitte ich Sie um eine Stellungnahme.

Eine dritte Anmerkung habe ich zum Einsatz der Bürgerenergieanlagen. Dafür braucht man schon ein Konzept. Wenn Sie nach Berlin fahren, sollten Sie sagen können, mit welchem Konzept Sie dort antreten. Die Befreiung von einer BImSchG-Genehmigung war leider ein Fehler. Das haben wir alle vorher nicht so gesehen; das ist ganz klar. Wie schaffen wir dort den Durchbruch?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Stümpfig, zu Ihrer ersten Anmerkung: Wir denken in der Tat darüber nach, wie wir im Zweifelsfall eine Sonderausschreibung machen können, um die Lücke in 2019, um die es ganz konkret geht, schließen zu können. Dazu brauchen wir aber eine gesetzgeberische Tätigkeit. Auch ich will hier keinen Abriss haben.

Zu Ihrer zweiten Anmerkung, die die 10-H-Regelung betroffen hat, kann ich nur noch einmal sagen: Bei uns steht nirgendwo etwas von 2.000 Metern. 10 H bedeutet vielmehr: Wenn Sie eine niedrigere Anlage bauen, dann können es auch bloß 1.000 Meter sein. Das hängt also jeweils vom Einzelfall ab; und das wissen Sie auch.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deshalb gibt es ja diesen Kompromiss.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, schreien Sie doch nicht immer so rein! Das ist ja fürchterlich!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, ganz ruhig! Melden Sie sich doch für eine Zwischenbemerkung, wenn Sie etwas fragen wollen.

Schließlich noch zu Ihrer dritten Frage, der Frage nach den regionalen Quoten. Meines Erachtens geht es um die grundsätzliche Frage, dass nur da ausgebaut wird, wo es aufnahmefähige Netze gibt. Das muss man nicht an einzelnen Bundesländern festmachen; vielmehr kann man anhand der Netzinfrastruktur absehen, wo wie viel abgeregelt wurde. Daran müssen wir uns letztlich orientieren; das muss als Malus in die Ausschreibung einfließen. Das ist die Zielrichtung, die ich in diesem Bereich verfolge.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lasse zunächst in einfacher Form abstimmen und komme dann am Schluss zur namentlichen Abstimmung.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18707. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18717 abstimmen. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun komme ich zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18704. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Wir lassen außerhalb des Sitzungssaales auszählen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weiterhin gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rettet die Windenergie – Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern", Drucksache 17/18704, bekannt. Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 87 Abgeordnete gestimmt. Es gab 38 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.10.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Rettet die Windenergie - Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern (Drucksache 17/18704)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gibis Max		X	
Aigner Ilse		X		Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst			X	Gote Ulrike	X		
Aures Inge			X	Gottstein Eva			
				Güll Martin			X
Bachhuber Martin		X		Güller Harald			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker		X					
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			X
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann			X	Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			X
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona			X	Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina			X	Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette			X
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha			X
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	25	87	38